

Das „reduzierte“ Parlament

13.03.2023 • Gastvortrag von Manfred Schullian

Am 13. März 2023 war der Abgeordnete zum italienischen Parlament, **Manfred Schullian**, in der Vorlesung Verfassungsrecht I (Univ.-Prof. **Happacher**) zu Gast. Er referierte zu den Auswirkungen der Verkleinerung des Parlaments auf die parlamentarische Arbeit, insbesondere die Gesetzgebung. Dabei scheute der Parlamentarier auch nicht davor zurück, Probleme allgemeiner Natur in Organisation und Funktionsweise des italienischen Parlaments und damit verbunden der italienischen Politik anzusprechen.

Gut verständlich und anschaulich zeichnete Manfred Schullian das ordentliche Gesetzgebungsverfahren sowie die verschiedenen Funktionen des italienischen Parlaments (auch in Hinsicht auf seine Ausrichtungs- und Kontrollfunktion) nach.

Allgemein habe die Verkleinerung des Parlaments die Arbeit der Parlamentarier*innen nicht grundlegend verändert, meinte der Vortragende, da nur die notwendigsten numerischen Anpassungen vorgenommen worden seien, um die Funktionstüchtigkeit des Parlaments zu gewährleisten. Es seien andere Entwicklungen und Praktiken, die die Funktion des Parlaments seit Jahren einschränken. Dies habe auch mit einer schlechten Rechtskultur und Gesetzgebungstechnik zu tun. Das institutionelle Gleichgewicht habe sich zugunsten der Regierung verschoben. Letztere erlässt in großem Ausmaß Gesetzesdekrete, die eigentlich für Fälle absoluter Dringlichkeit und Notwendigkeit vorgesehen sind. Im Zuge der Umwandlung durch das Parlament, die innerhalb von 60 Tagen erfolgen muss, kann es Abänderungen vornehmen. Diese Abänderungen sind mittlerweile die nahezu einzige Möglichkeit des Parlaments, seiner Gesetzgebungsfunktion nachzukommen. Da eine Umwandlung in kurzer Zeit geschehen muss, bleibt meist nur die Zeit für eine Überarbeitung durch eine Kammer des Parlaments. Manfred Schullian sieht diese Entwicklung so stark, dass er nunmehr von einem „zufälligen Einkammersystem“ statt von einem „perfekten Zweikammersystem“ spricht.

Hinzu kommt, dass die Regierung im Zuge einer parlamentarischen Abstimmung über einen Akt mit Gesetzeskraft oft die Vertrauensfrage stellt. Ein solches Druckmittel führt dazu, dass die parlamentarische Diskussion *de facto* entfällt.

Sophie Mair